BUCHBESPRECHUNGEN

Recht und Pflicht in der medizinischen Humanforschung – Zu den rechtlichen Grenzen der kontrollierten Studie.

Von Friedrich von Freier. Springer Verlag, Heidelberg 2009, XIV u. 691 S., geb., € 104,95

Ein ungewöhnliches Buch ist anzuzeigen: die Habilitationsschrift eines an die Universität zurückgekehrten Richters (s. Vorwort), eine medizinrechtliche Studie im besten Sinne. Sie nimmt die Herausforderung grundsätzlicher rechtsphilosophischer und verfassungsrechtlicher Fragestellungen an, die „hinter“ jedem medizinrechtlichen Problem aufscheinen; sie transzendiert den rechtswissenschaftlichen Bezugsrahmen, reintegriert aber zugleich die Erkenntnisse anderer Disziplinen gewinnbringend; sie ist theoretisch anspruchsvoll und praxisrelevant.

Das Thema der Arbeit ist die medizinische Humanforschung. In einem 400 Seiten starken Grundlagenteil fragt von Freier zunächst nach Grund und Grenzen von Fremdverfügungen und verneint dezidiert eine „Bürgerpflicht zum leiblichen Opfer für die Forschung“ (S. 133 ff.). Eine solche sei weder unter dem Gesichtspunkt der Solidarität für leidende Patienten noch unter dem Aspekt des Fortschritts im Wissen im Rahmen der zentralen normativen Prämissen der geltenden Rechtsordnung schlüssig begründbar. Im interpersonalen Verhältnis scheide der Leib als Zugriffsobjekt rechtlich geschuldeter Solidarität aus. Auch das Argument der gerechten Verteilung der Lasten des Gesundheitssystems trage eine solche höchstpersönlich zu erbringende, auf das Allgemeinwohl bezogene Pflicht nicht (s. S. 237). Da der Autor auch eine Sonderopferpflichtigkeit von Einwilligungsunfähigen ablehnt, hält er konsequent die durch § 41 Abs. 2 Nr. 2 AMG der Sache nach statuierte Rechtspflicht von Minderjährigen zur Teilnahme an medizinischer Forschung für verfassungswidrig (s. S. 288 mit dem Hinweis auf eine denkbare verfassungskonforme Reduktion der Vorschrift). An diese Überlegungen anschließend werden sodann kritisch denkbare Grenzen der Selbstverfügung in den Blick genommen (S. 293 ff.).

Der zweite, noch einmal mehr als 200 Seiten umfassende Teil der Arbeit ist dem „Symbiosebereich“ von ärztlicher Patientenbehandlung und klinischer Prüfung mit Arzneimitteln (Lippert, GesR 2010, 279) gewidmet, vom Verfasser als kontrollierte Studie bezeichnet (S. 431 ff.). Hier kritisiert von Freier nicht nur Inkonsistenzen der rechtlichen Vorgaben, sondern auch des Forschungsdesigns. Die strukturell bedingte Labilität und Unwahrscheinlichkeit der Anforderungen, die eine randomisierte und verblindete kontrollierte Studie mit dem Behandlungsauftrag versöhnen sollten, mache eine strikte Trennung der Belange von Behandlung und experimenteller Forschung auch in personeller und institutioneller Hinsicht (einbezogen ist hier auch die Zusammensetzung der Ethikkommission) erforderlich. Insbesondere sei es geboten, die Rollen auf verschiedene Personen zu verteilen und jede „therapeutic misconception“ im Keim zu ersticken (so S. 629 f.).

Die Untersuchung von von Freier ist eine Herausforderung für den Leser – und dies ist durchaus positiv gemeint. Man sollte bereit sein, der durchweg anspruchsvollen Argumentation auch auf scheinbaren Nebengleisen zu folgen (genannt sei etwa die Auseinandersetzung mit Auffassungen, welche die Rechtspersönlichkeit von Menschen an die Voraussetzung bestimmter Eigenschaften, Fähigkeiten usw. binden, s. S. 249 ff.). Dies gilt auch für die anregenden wahrscheinlichkeits-theoretischen Überlegungen (S. 476 ff.). Ist der Leser dazu aber bereit, wird er diese Hamburger Habilitationsschrift mit großem Gewinn aus der Hand legen – oder besser noch: immer wieder zur Hand nehmen.

Prof. Dr. iur. Wolfram Höfling, M.A.,
Universität zu Köln,
Köln, Deutschland

DOI: 10.1007/s00350-010-2797-8

Stammzellforschung in Europa. Religiöse, ethische und rechtliche Probleme.

Herausgegeben von Jan. C. Joerden, Thorsten Moos und Christa Wewetzer. (Studien zur Ethik in Ostmitteleuropa, Bd. 13), Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 2009, 244 S., geb., € 44,80

Zwar „wächst die Hoffnung, das ethische Dilemma der Stammzellforschung könnte durch Entwicklungen in der Forschung selbst aufgelöst werden“ (Wolf-Michael Catenhusen, S. 73), doch noch scheint sich Wissenschaftlern im Interesse des Erkenntnisgewinns und therapeutischen Nutzens kein anderer Weg als der Verbrauch humaner embryonaler Stammzellen und damit die Zerstörung äußerst jungen menschlichen Lebens anzubieten. So dauert die Debatte an und berechtigt auch ein Buch mit dem Ziel, „den kulturellen und religiösen Prägekräften in der politischen Auseinandersetzung im Vergleich auf die Spur zu kommen“ (S. 5). Dreizehn unterschiedlich aussagekräftige Beiträge rücken neben Deutschland und Großbritannien Polen, Tschechien, Rumänien und die Türkei (also nur eine Minderheit der europäischen Länder) in den Blick. Was sich bei der Forschungsförderungspolitik der Europäischen Union zeigt, gilt nicht nur dort: „Der Dissens in der ethischen Grundfrage bleibt bestehen, die Forschung mit embryonalen Stammzellen wird fortgesetzt, die Fronten von Befürwortern und Gegnern sind verhärteter den je“ (Katrin Hatzinger, S. 112).

Brüche auch in Deutschland: „Einer Stichtagsregelung, gar noch mit immer wieder verschobenem Stichtag, kann jedenfalls bei Aufrechterhaltung der These vom vollen Menschenwürdeschutz des Embryos ab der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle der Vorwurf der Doppelmoral nicht erspart bleiben“ (Jan C., Joerden, S. 209).

Die Unterschiede in Europa könnten größer kaum sein. Für Großbritannien sind bezeichnend „die intensive bürokratische Verwaltung der Reproduktionsmedizin und ihre öffentliche Transparenz, sowie das hohe Investment in öffentliche Beteiligung und Befragung“; auffallend auch „der Wunsch nach globaler Dominanz in der Stammzellforschung“ (Christine Hauskeller, S. 139 f.). In Polen bestimmt die Katholische Kirche die Diskussion um bioethische Fragen stark, ganz anders als in Tschechien, wo sich die Auseinandersetzung noch kaum entwickelt hat, ähnlich wie in Rumänien, wo freilich eine intensive Debatte jedenfalls um die Reproduktionsmedizin in den letzten Jahren stattfand. Die Stammzelldebatte in der Türkei zeigt einen komplexen, noch nicht etablierten Charakter. „Eine relativ homogene Positionsbestimmung“ ist „in absehbarer Zeit nicht zu erwarten“ (Ilhan Ilkic u. Abdullah Takim, S. 195). Gewiss „muss die ethische Bewertung mit einer Gesellschafts- und Kulturkritik einhergehen“ (Josef N. Neumann, S. 236). Ob solche und neuerliche verfassungsrechtliche wie rechtspolitische Anstrengungen die in Europa bestehenden Gegensätze zu befrieden vermögen, erscheint nach der Lektüre dieses Tagungsbandes der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt derzeit nicht wahrscheinlich. Dennoch bleibt die Aufgabe der „Suche nach ausgleichenden Positionen, die ein gemeinsames Leben auch unter den Bedingungen von Dissens ermöglichen“ (Klaus Tanner, S. 54).

Prof. Dr. iur. Dr. h.c. Adolf Laufs,
Heidelberg, Deutschland